LATEINAMERIKA 04.08.2026 | Sandra Weiss

Schlägt das Pendel zurück?

Der Unmut über Lateinamerikas rechte Regierungen wächst. Doch ohne eigene Erneuerung wird die Linke davon kaum profitieren.

Für die neuen rechten Staatschefs Lateinamerikas sind diese Tage eine willkommene Gelegenheit, ihre Macht auf der regionalen Bühne zu zeigen. Am 28. Juli trat in Peru die neoliberal-konservative Keiko Fujimori, Tochter des früheren Diktators Alberto Fujimori, ihr Präsidentschaftsamt an. Diese Woche folgt in Kolumbien der Rechtspopulist Abelardo de la Espriella.

Die progressive „rosarote Welle“, die den Kontinent seit der Jahrtausendwende nach und nach erfasst hatte, wird von einer rechtspopulistischen blauen Welle abgelöst. Nur noch Mexiko, Brasilien sowie die kleineren Länder Uruguay und Guatemala werden von sozialdemokratischen Kräften regiert. Allerdings leben in diesen vier Ländern zusammen knapp zwei Drittel der Bevölkerung des Subkontinents – die reine Länderzahl täuscht also über das tatsächliche Kräfteverhältnis hinweg.

Oppositionellen Politikern und politisch unerfahrenen, aber charismatischen Newcomern gelang es in den vergangenen Monaten in Chile, Bolivien, Honduras, Peru und Kolumbien, die Versäumnisse ihrer linken Vorgänger geschickt für hoch emotionalisierte Wahlkämpfe zu nutzen. Der Wunsch nach starker Führung in unsicheren Zeiten, die Wut über explodierende Kriminalität, Korruption, Inflation und wirtschaftliche Stagnation spülte charismatische rechte und rechtspopulistische Führungsfiguren an die Macht. Sie fanden einfache Sündenböcke – Migrantinnen und Migranten, Kriminelle sowie korrupte linke Politiker – und versprachen blühende Landschaften: durch moralische Erneuerung, eine harte Hand gegen Kriminalität und die Entfesselung marktliberaler Kräfte durch den Abbau staatlicher Regulierung. Doch Wähler zu mobilisieren ist eine Sache. Den (meist sehr knappen) Wahlsieg in erfolgreiches Regieren zu verwandeln, ist eine ganz andere. Bei mehreren frisch gewählten rechten Staatschefs hakt es bereits nach wenigen Monaten gewaltig.

In Chile gewann José-Antonio Kast mit Migranten-Bashing und dem Versprechen eines kompromisslosen Kurses gegen die Kriminalität. Er regiert aber vor allem, indem er Umweltauflagen abbaut und Steuervorteile für Reiche und Unternehmen schafft, während bei Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und Kultur gespart wird und die Spritpreise rasant steigen. Mit 58 Prozent der Stimmen gewählt, ist seine Zustimmung inzwischen auf 30 Prozent gefallen.

In Argentinien verweisen die Anhänger des libertären Kettensägenpräsidenten Javier Milei auf makroökonomische Erfolge: Die Inflation ist von 200 auf rund 30 Prozent gefallen. Doch hinter der Statistik verbirgt sich mehr. Die Preise sind nicht gefallen, weil die Wirtschaft produktiver geworden wäre, sondern weil die Regierung die Kaufkraft der Löhne gezielt gedrückt hat. Wer in Buenos Aires einkauft, zahlt inzwischen europäische Preise – und das bei argentinischen Löhnen. Weil kaum arbeitsintensive neue Investitionen ins Land kommen, verloren Zehntausende Beschäftigte ihren Job, während gleichzeitig bei Gesundheit, Bildung und Sozialleistungen gespart wird. Sprich: Die einst breite Mittelschicht verarmt.

Die Schwäche der Gegenseite ist eine Gelegenheit, aber keine Garantie.

In Ecuador scheiterte Präsident Daniel Noboa mehrfach am Obersten Gericht oder direkt an der Bevölkerung – zuletzt in einem Plebiszit –, als er versuchte, die progressive Verfassung zu ändern. Auch sein kompromissloser Sicherheitskurs zeigt bislang keine durchschlagenden Erfolge. Sein Vorbild ist das Sicherheitsmodell des salvadorianischen Präsidenten Nayib Bukele, dem es mit harter Hand und Massenverhaftungen gelang, die Mordrate drastisch zu senken – von 36 pro 10 000 Einwohnern im Jahr 2019 auf 1,3 im Jahr 2025. Doch das salvadorianische Beispiel bleibt trotz vieler Nachahmer bislang ein regionaler Einzelfall, erkauft mit massiven Menschenrechtsverletzungen: Die Gefängnisse sind dreifach überbelegt, 92 000 Menschen wurden festgenommen und in Massenprozessen ohne Rechtsgarantien schuldig gesprochen. In Ländern wie Ecuador, wo dieser Sicherheitskurs bislang wenig Erfolge zeigt, wächst der Zweifel, ob sich das lohnt.

Die schwache Regierungsbilanz der neuen Rechten ist verlockend für die Linke – sie sollte aber nicht zu vorschnellem Optimismus verleiten. Dass

Kast, Milei oder Noboa an Zustimmung verlieren, heißt noch lange nicht, dass die Wählerschaft automatisch wieder nach links wandert. Die Ausgangslage, die den Rechten überhaupt erst zur Macht verhalf – Wut über Kriminalität, Inflation, Korruption und das Gefühl, von der eigenen Regierung im Stich gelassen worden zu sein –, ist damit nicht verschwunden. Sie wartet auf die nächste Kraft, die sie glaubwürdig aufgreift.

Für das progressive Lager heißt das: Die Schwäche der Gegenseite ist eine Gelegenheit, aber keine Garantie. Entscheidend wird sein, ob die Linke ihre eigenen Regierungserfolge sichtbar und anschlussfähig machen kann, statt sie nur zu verteidigen. Die Aufgabe lautet, überzeugend darzulegen, dass sich Probleme wie Sicherheit, Inflation und wirtschaftliche Stagnation auch ohne Sozial- und Demokratieabbau lösen lassen.

Das bedeutet erstens: liefern statt verwalten. Brasilien und Mexiko stehen dabei vor allem in der Pflicht, da sie als „Schaufenster“ dienen. Sowohl ihr Erfolg als auch ihr Versagen wird regionale Auswirkungen haben. Brasiliens Staatschef Lula und die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum müssen zeigen, dass sich Kriminalität, Inflation und Ungleichheit auch mit sozialpolitischen statt mit rein repressiven Mitteln eindämmen lassen – und sie müssen diese Erfolge offensiv kommunizieren, bevor die Rechte sie für sich reklamiert oder kleinredet.

Es braucht mehr Demokratie an der Basis, weniger Gängelung von oben.

Zweitens braucht es personelle und programmatische Erneuerung statt bloßer Verteidigung des Status quo. Das ist eine noch viel schwierigere Aufgabe, denn sowohl Lula als auch Sheinbaum sind in politischen Ideologien des vorigen Jahrhunderts verankert, sei es im marxistischen Klassenkampf oder in staatskapitalistischen Dependenztheorien des Industriezeitalters. Mit diesen kommt man im 21. Jahrhundert, das von Protektionismus, geopolitischen Konflikten, der KI-Revolution, Migration und Klimakrise geprägt sein wird, nicht weiter.

Lateinamerika braucht eine eigene Vision jenseits des chinesischen Staatskapitalismus und des US-Kasinokapitalismus, die beide den Subkontinent rein als Absatzmarkt und Rohstoffquelle sehen. Eine Vision, die seiner geografischen und wirtschaftlichen Position ebenso gerecht wird wie seiner Geschichte und Kultur. Ansätze gibt es zuhauf: etwa im Postextraktivismus, der einen schrittweisen Übergang weg von der Abhängigkeit vom Rohstoffexport hin zu einer diversifizierten

Wirtschaft anstrebt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Stärkung lokaler Gemeinschaften, wirtschaftliche Resilienz und eine Kreislaufwirtschaft. Konkrete Beispiele finden sich bereits heute, etwa mit Blick auf die Rechte der Natur, die in mehr als 40 Ländern in unterschiedlicher Form anerkannt sind. Oder in Gemeingut-Projekten, in denen Ressourcen gemeinschaftlich verwaltet und genutzt werden, statt privatem Eigentum oder staatlicher Kontrolle zu unterliegen – etwa Wasser, Wälder, Weideland, Fischgründe, aber auch Wissen, Software oder öffentlicher Stadtraum. Ein weiterer Ansatz ist die Care-Wirtschaft. Sie stellt die Reproduktion des Lebens und zwischenmenschliche Fürsorge in den Mittelpunkt, statt wirtschaftliches Denken allein an Profit und Wachstum auszurichten.

Dafür sind drittens substanzielle statt nur taktische Allianzen mit Intellektuellen, sozialen Bewegungen und jenen gesellschaftlichen Gruppen nötig, die vor Ort tagtäglich Politik machen. Dafür bedarf es einer neuen politischen Kultur, weg von steifen Hierarchien hin zu mehr aktiver Partizipation. Probleme müssen konkret vor Ort gelöst werden, Menschen müssen ermächtigt werden, dies selbst zu tun. Es braucht also mehr Demokratie an der Basis, weniger Gängelung von oben.

Und viertens muss die Linke selbst dem autoritären Sog widerstehen, den auch einige ihrer eigenen Führungsfiguren spüren, wenn schnelle, harte Lösungen locken. Der Fall El Salvador zeigt, wohin dieser Weg führt, wenn Institutionen erst einmal ausgehöhlt sind: Dort hat Bukele – der seine Karriere in der linken Partei FMLN begann – alle Gewalten gleichgeschaltet, die kritische Presse mundtot gemacht und er plant eine verfassungswidrige dritte Amtszeit. Zu verhindern, dass dieses Beispiel Schule macht, ist derzeit die dringendste Aufgabe progressiver Kräfte in Lateinamerika – nicht nur gegenüber der Rechten, sondern auch als Mahnung an sich selbst. Ob das Pendel zurückschlägt, entscheidet sich also nicht daran, ob die neue Rechte scheitert, sondern daran, ob die Linke bis dahin beweisen kann, dass sie es besser kann.



Sandra Weiss
Mexiko-Stadt

Sandra Weiss ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Als freie Lateinamerika-Korrespondentin schreibt sie unter anderem für *Die Zeit* und *Die Welt*.